

Antrag

Hannover, den 01.06.2021

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU

Voraussetzungen für eine nachhaltige Grundwasserbewirtschaftung schaffen – Auswirkungen des Klimawandels auf die Grundwasserressourcen sichtbar machen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Niedersachsen durch die langanhaltenden Trockenperioden spätestens in den vergangenen drei Jahren spürbar und sichtbar geworden. Aktuelle Klimaprojektionen prognostizieren für Niedersachsen eine zukünftige Zunahme der Jahresdurchschnittstemperatur und eine Verlagerung der Niederschlagsintensität von den Sommermonaten in die Wintermonate.

Bei hohen Temperaturen wirken sich ausbleibende Niederschläge und eine hohe Verdunstungsrate negativ auf die Grundwasserneubildung bzw. den Grundwasserstand aus. Verstärkt wird die Entwicklung in Trockenperioden durch steigende Grundwasserentnahmen für verschiedene Nutzungszwecke.

Die Trinkwasserversorgung in Niedersachsen wird laut dem Umweltministerium zu 85 % durch Entnahmen aus dem Grundwasser gedeckt. Auch die Wasserversorgung für landwirtschaftliche und industrielle Zwecke erfolgt landesweit zu großen Teilen aus dem Grundwasser. Der Grundwasserstand hat darüber hinaus eine wichtige ökologische Funktion für Oberflächengewässer und grundwasserabhängige Landökosysteme.

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) hat in seinem Bericht zur Grundwasserstandssituation in den Trockenjahren 2018 und 2019 aufgezeigt, dass im Jahr 2018 ein ausgeprägter Rückgang der Grundwasserstände zu verzeichnen war, der auch durch die Wintermonate nicht wieder aufgefüllt werden konnte. Im Jahr 2019 setzte sich die negative Entwicklung fort und führte dazu, dass in vielen Teilen des Landes historische Tiefststände des Grundwassers gemessen wurden.

Der Grundwasserstand ist ein wichtiger Indikator für Klimaveränderungen und eine wichtige Orientierungsgröße, die bei der Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Grundwasserressourcen berücksichtigt werden muss. Zu diesem Zweck ist es unerlässlich, auf eine möglichst aktuelle und repräsentative Datenbasis zurückgreifen zu können, auf deren Grundlage kurz- und langfristige Entwicklungen abgeleitet und transparente Entscheidungen getroffen werden können.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. ein landesweites Klimamessnetz zum Grundwasserstand zu entwickeln, anhand dessen klimatische Veränderungen bis in die Vergangenheit aufgezeigt und in die Zukunft prognostiziert werden können,
2. tagesaktuelle, landesweit repräsentative Grundwasserstandsdaten in einer webbasierten Darstellung der interessierten Öffentlichkeit und den wasserwirtschaftlichen Genehmigungsbehörden verfügbar zu machen,
3. Prognosen zur zukünftigen klimatischen Entwicklung der Grundwasserstände durchzuführen und diese bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Grundwasserressourcen zu berücksichtigen,
4. zu prüfen, wie ein entsprechendes Klimamessnetz mittelfristig auch auf nutzungsbeeinflusste Messstellen ausgeweitet werden kann,

5. zu prüfen, wie eine Methodik entwickelt werden kann, die analog zu den Meldestufen im Hochwasserbereich auch für den Grundwasserstand kritische Marken definiert,
6. zu prüfen, wie anknüpfend an die zu entwickelnden Meldestufen für den Grundwasserstand Maßnahmen definiert werden können, die aus der jeweiligen Meldestufe erwachsen bzw. zu ergreifen sind.

Begründung

Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung die „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ (DAS) beschlossen. In ihr werden Aussagen zu beobachteten und erwarteten Folgen des Klimawandels in verschiedenen Handlungsfeldern getroffen und notwendige Schritte benannt, um Anpassungsmaßnahmen rechtzeitig und vorausschauend umsetzen zu können. Der Grundwasserstand wird hierbei im Rahmen der DAS als ein wichtiger Indikator für die Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt herangezogen. Niedersachsen liefert für die bundesweiten Betrachtungen der DAS bereits Daten zum Grundwasserstand zu und sollte auf dieser Basis auch landesweit betrachtet aufbauen.

In den Sommermonaten der vorausgegangenen Jahre 2018 und 2019 hat sich gezeigt, welche Folgen langanhaltende Trockenphasen mit hohen Temperaturen und ausbleibenden Niederschlägen auf die Grundwasserressourcen in Niedersachsen haben. Bei ausbleibender Grundwasserneubildung wurden landesweit Rekordentnahmen aus dem Grundwasser, beispielsweise für die öffentliche Trinkwasserversorgung, die landwirtschaftliche Feldberegnung oder für industrielle Zwecke, verzeichnet. Absinkende Grundwasserstände führten vielfach auch zu absinkenden Pegeln oder dem vollständigen Trockenfallen von Flüssen und Seen, was ebenfalls zu starken Reaktionen in der interessierten Öffentlichkeit führte. Für eine kurzfristige Lageeinschätzung fehlte es den für die Grundwasserentnahmen zuständigen unteren Wasserbehörden an aktuellen Daten zum Grundwasserstand, da diese von den Fachbehörden des gewässerkundlichen Landesdienstes bisher einzeln abgefragt und somit nur zeitverzögert zur Verfügung gestellt werden konnten. Auch zeigten die Erfahrungen aus den Trockenjahren 2018 und 2019 sowie aktuelle regionale Diskussionen (z. B. in Holdorf, Großenkneten, Verden-Panzenberg, Nordheide etc.) über wasserrechtliche Verfahren für Grundwasserentnahmen, dass ein hohes öffentliches Interesse an aktuellen und transparenten Umweltfachdaten besteht.

Die zuständigen unteren Wasserbehörden müssen daher über tagesaktuelle und repräsentativ abrufbare Daten zum Grundwasserstand in die Lage versetzt werden, ihr Bewirtschaftungsermessen der Grundwasserressourcen auch kurzfristig in Trockenphasen entsprechend ausüben zu können. Der interessierten Öffentlichkeit müssen die Daten in einer webbasierten Form öffentlich zugänglich gemacht werden, um eine transparente Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen zu gewährleisten.

Während für die Betrachtung der klimatischen Veränderungen auf den Grundwasserstand analog zu den Kriterien der DAS möglichst nutzungsunbeeinflusste Messstellen heranzuziehen sind, wäre in einem weiteren Schritt für eine Steigerung der landesweiten Repräsentativität zu prüfen, wie ein entsprechendes Klimamessnetz auch auf nutzungsbeeinflusste Messstellen ausgeweitet werden könnte.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die Meldestufen in der Hochwasservorhersage in Niedersachsen methodisch auf kritische Marken für den jeweiligen Grundwasserstand übertragen werden können. Für Bayern existiert beispielsweise ein Niedrigwasser-Informationsdienst für landesweite Grundwasserstände, in dem die tagesaktuellen Grundwasserstände über eine statistische Auswertung in die Stufen („kein Niedrigwasser“, „niedrig“, „sehr niedrig“, „neuer Niedrigstwert“) eingeordnet werden. In diesem Zusammenhang wäre auch zu prüfen, welche Maßnahmen unter Umständen aus den jeweiligen Meldestufen erwachsen bzw. zu ergreifen sind.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender

(Verteilt am 02.06.2021)